

Pressemitteilung

BNW kritisiert geplante Verschiebung des EU-Lieferkettengesetzes und Diskussion über Abschaffung des nationalen LkSG

Berlin/Brüssel, 1.4.2025: Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) weist anlässlich der aktuellen Debatten in Brüssel und Berlin auf die ökonomischen Vorteile hin, die der Schutz von Menschenrechten und Umweltstandards in globalen Lieferketten mit sich bringt. Die Unternehmen brauchen hierbei eine konstruktive Rahmensetzung, die ihnen hilft, risikobasierte Managementansätze zu implementieren.

„Menschenrechte und Umweltschutz sind keinesfalls eine 'unnötige Belastung', sondern Teil der unternehmerischen Verantwortung. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz ist im Zusammenspiel mit der EU-Richtlinie ein Meilenstein für eine faire Wirtschaft mit globaler Perspektive. Nur mit starken Standards schaffen wir eine starke Wirtschaft,“ kommentiert BNW-Geschäftsführerin Prof. Dr. Katharina Reuter den Stand der Diskussion in Brüssel und Berlin.

"Stop the Clock"-Initiative der EU-Kommission

Das EU-Parlament wird am kommenden Donnerstag unter der Überschrift "Stop the Clock" über eine Verschiebung der Anwendung des EU-Lieferkettengesetzes abstimmen. Zudem sollen die Auflagen für Unternehmen deutlich abgeschwächt werden, indem beispielsweise die Sorgfaltspflichten nur noch für unmittelbare Geschäftspartner gelten und nicht mehr für die gesamte Lieferkette. Diese Entwicklungen laufen Gefahr, die dringend benötigten Fortschritte im Bereich der Unternehmensverantwortung und des nachhaltigen Wirtschaftens zu untergraben.

Der BNW begrüßt die Harmonisierung von europäischen Richtlinien und das Vermeiden von doppelten Berichtspflichten. Allerdings dürfen diese Anpassungen nicht dazu führen, dass verbindliche Sorgfaltspflichten aufgeweicht werden. Denn die Wirtschaft ist weiter als die Politik. Zuletzt hatte der Sustainability Transformation Monitor der Bertelsmann Stiftung gezeigt, dass viele Unternehmen zu Beginn des EU Omnibus-Verfahrens bereits weit fortgeschritten in der Umsetzung waren.

Droht die Abschaffung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)?

Ein veröffentlichtes Dokument aus den Koalitionsverhandlungen lässt auch hierzulande Konflikte erkennen: Die Union strebt laut Arbeitspapier die Abschaffung des LkSG inkl. Verhinderung der EU-Regelung an. Diese Pläne stehen im direkten Widerspruch zu den Wahlversprechen der SPD, die sich für die Umsetzung der beschlossenen Gesetze des Green Deal und insbesondere der CSDDD eingesetzt hat. Auch für die kommende Bundesregierung gilt, dass langfristige Resilienz in globalen Lieferketten nur mit Transparenz und einheitlichen Leitplanken zu erreichen ist.

Starke Standards, starke Wirtschaft

Der BNW appelliert daher eindringlich an die Verhandlungsteams von SPD, CDU und CSU, sich für die Beibehaltung des LkSG und für die konsequente Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie einzusetzen. „Deutschland und die EU können jetzt für Planungssicherheit sorgen, indem sie klare gesetzliche Rahmenbedingungen für Menschenrechte und Umweltstandards schaffen“, so Reuter.

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Joscha Frost

Pressereferent

presse@bnw-bundesverband.de

Tel.: +49 1525 673 54 66

[Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.](https://www.bnw-bundesverband.de/)

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) bringt die Stimme der progressiven Unternehmen direkt ins politische Berlin. Seit der Gründung 1992 setzt sich der BNW e.V. als unabhängiger Unternehmensverband für Umwelt-, Klimaschutz und soziale Nachhaltigkeitsaspekte ein. Mit seinen 700 Mitgliedsunternehmen steht der Verband für mehr als 200.000 Arbeitsplätze; Großunternehmen sowie Mittelstand sind in dem branchenübergreifenden Netzwerk genauso vertreten wie KMU, Cleantech-Startups und Social-Entrepreneurs.

<https://www.bnw-bundesverband.de/>